Für den Landkreis Göppingen in Berlin



Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freundinnen und Freunde im Landkreis Göppingen,

unsere Demokratie lebt von unterschiedlichen Positionen und dem Ringen um gute, tragfähige Lösungen. Sie lebt davon, dass Kompromisse geschlossen werden können. Bei großen gesellschaftlichen Themen sind die Positionen trotz langer Verhandlungen mitunter unvereinbar. Dies haben wir in den letzten Wochen bei der Frage um die Laufzeitverlängerung der verbliebenen AKWs erlebt. Daher war es gut und richtig, dass unser Bundeskanzler Olaf Scholz diese Woche seine Richtlinienkompetenz innerhalb der Regierung genutzt, die Meinungsverschiedenheit zwischen unseren Ampelpartnern beendet und die Ampel wieder auf Kurs gebracht hat. Dieser Schritt zeigt: Unsere Regierung ist auch in schwierigsten Zeiten entscheidungsfähig und sie handelt.

Diese Fähigkeit ist in der jetzigen Zeit nötig wie selten zuvor. Die Krisenbekämpfung hält Regierung und Parlament weiter in Atem. Den ersten Entlastungspaketen folgen nun weitere Unterstützungsmaßnahmen, die zügig auf den Weg gebracht werden müssen. Die kalte Jahreszeit naht und die Sorgen der Menschen vor hohen Energiekosten steigen. Darum ist es gut, dass sich nun abzeichnet, wie die Kosten für Strom und Gas begrenzt werden sollen. Wie so oft müssen auch hier die Entscheidungen im Spannungsfeld zwischen Schnelligkeit und Zielgenauigkeit getroffen werden. Denn niemand will Hilfen nach dem "Gießkannen-Prinzip", aber ebenso müssen langwierige Einzelfallprüfungen vermieden werden. Für Verbraucher:innen und Unternehmen sind momentan schnelle und unbürokratische Lösungen wichtig. Einmalzahlungen für Haushalte sowie wirtschaftliche Hilfen für Unternehmen wirken sofort, wenn die Preise steigen.

Weiter wird intensiv daran gearbeitet, Energiesicherheit und Klimaschutz bestmöglich unter einen Hut zu bringen. Kurzfristig kann Deutschland nicht komplett auf Gas verzichten. Das hat mittlerweile auch die Union verstanden, die vor einigen Monaten noch ein schnelles Gas-Embargo gefordert hat. Wir tun jedoch alles dafür, um unabhängig von russischem Gas zu werden und gleichzeitig die Energieversorgung sicherzustellen. Unsere Gasspeicher sind zu mehr als 95 Prozent gefüllt. Die Bezugsquellen für Energie werden diversifiziert, der Bau von LNG-Terminals beschleunigt, alte Kohlekraftwerke noch einmal ans Netz geholt und der Brennstoffwechsel in Industrieanlagen wird erleichtert. Seit dieser Woche ist klar, dass die drei Atomkraftwerke bis maximal Mitte April am Netz bleiben können. Aber klar ist auch: Eine Rückkehr zur Nutzung von Kernenergie lehnen wir als SPD entschieden ab. Auch in Krisenzeiten müssen wir langfristig denken und auf nachhaltige Lösungen für einen sozialen und ökologischen Strukturwandel bauen.

Ihre/Eure

the Balliem





Wir begrenzen Kosten für Strom und Heizung

Nach wie vor gilt: Energie muss bezahlbar bleiben und alle sollen gut durch den Winter kommen. Dafür spannen wir einen starken Abwehrschirm auf. In dieser Woche haben wir daher beschlossen, den Wirtschaftsstabilisierungsfonds für das Jahr 2022 mit 200 Milliarden Euro auszustatten. Hiermit soll neben der Strompreisbremse auch eine wirksame Preisbremse für Gas und Fernwärme finanziert werden, um die Folgen für Verbraucher:innen und Unternehmen abzufedern. Zur konkreten Ausgestaltung hat die Expert:innen-Kommission der Bundesregierung eine Zwei-Stufen-Lösung vorgeschlagen. In einem ersten Schritt wird der Staat die volle Dezember-Abschlagszahlung für Gas- und Fernwärmekunden übernehmen. In einem zweiten Schritt soll ab Anfang März

2023 bis mindestens Ende April 2024 eine Gas- und Wärmepreisbremse greifen. Diese sieht für eine Grundmenge an Gas
einen staatlich garantierten Preis von 12 Cent pro Kilowattstunde vor. Oberhalb dieses Kontingents sollen Marktpreise
gelten. Mit diesem Vorgehen sollen Betroffene zunächst
durch eine schnelle, unbürokratische Lösung noch in diesem
Jahr entlastet und die Zeit bis zur Funktionsfähigkeit der Gaspreisbremse, die ein längere Vorbereitungszeit benötigt,
überbrückt werden. Ein zentrales Ziel ist weiterhin, Anreize
zum Energiesparen zu setzen, denn die Gasversorgungskrise
wird weiterhin stark fordern.

Energiepreispauschale für Rentner:innen

Wie versprochen erhalten Rentnerinnen und Rentner nun eine Direktzahlung in Höhe von 300 Euro, die im Dezember ohne extra Antrag ausgezahlt wird. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hatten eine solche Pauschale schon im September erhalten. Die Pauschale wird nicht auf Sozialleistungen angerechnet, ist aber steuerpflichtig. Auch wer eine Erwerbsminderungs- oder Hinterbliebenenrente bekommt, profitiert davon. Für uns ist es eine Frage der Gerechtigkeit, dass nun auch Rentnerinnen und Rentner eine solche Entlastung erhalten.

Zudem ist es uns als SPD-Bundestagsfraktion wichtig, dass die Strom- und Gaspreisbremse kommt und die Energie-preispauschale gemeinsam mit anderen Maßnahmen wie dem erweiterten Wohngeld hoffentlich dazu beitragen, dass alle gut durch die Krise kommen.

Stabilisierung der Gesetzlichen Krankenkassen

Für das kommende Jahr müssen wir mit einem historischen Defizit von 17 Mrd. Euro in der gesetzlichen Krankenversicherung rechnen. Gleichzeitig wird der Bundeshaushalt durch Pandemie, Angriffskrieg in der Ukraine und Klimawandel belastet. In diesem schwierigen wirtschaftlichen Umfeld eine tragfähige und gerechte Lösung zu finden, ist keine Kleinigkeit. Aber wir haben es geschafft, die Lasten fair auf mehrere Schultern zu verteilen: Bund, Krankenkassen, Arzneimittelhersteller, aber auch Apotheker:innen und (Zahn-)Ärzt:innen werden einen Beitrag leisten und wir konnten einen übermäßigen Anstieg der Zusatzbeiträge für Versicherte zum 1. Januar 2023 verhindern. Derzeit wird von einer durchschnittlichen Erhöhung von bis zu 0,3 Prozentpunkten ausgegangen. Außerdem haben wir in den Verhandlungen erreicht, dass es zukünftig Zuschläge für eine schnellere Vermittlung von Terminen bei Fachärzt:innen geben wird. Damit schaffen wir den finanziellen Anreiz, dass alle gesetzlich Versicherten zeitnah einen Termin bekommen und bei der Terminvergabe nicht länger benachteiligt werden.

Unterwegs im Landkreis

Besuch des Briefzentrums Salach

Die Deutsche Post / DHL – unser wichtigster Arbeitgeber im Brief- und Paketdienstleistungsbereich





Vertreter:innen von Betriebsrat und ver.di informierten darüber, wie wichtig es im Brief- und Paket-Dienstleistungsbereich ist, ordentliche Arbeitsbedingungen zu haben. Hier ist die Deutsche Post mit einem durchschnittlichen Tarif-Stundenlohn von 19 Euro absolut vorbildlich. Die Arbeitsverträge, Altersvorsorgemöglichkeiten und Arbeitszeitregelungen der Post sind arbeitnehmer- und familienfreundlich. Insbesondere Arbeits- und Gesundheitsschutz, gut bezahlte Teilzeitarbeitsplätze sowie die Integrationsmöglichkeiten für Mitarbeitende mit Migrations- und Fluchthintergrund haben mich beeindruckt. So werden zum Beispiel Mitarbeitende mit geringeren deutschen Sprachkenntnissen durch Angebote wie Sprachkurse und Sprach-Apps unterstützt. Gleichzeitig wird intensiv an klimaneutralen Logistiklösungen gearbeitet und die Fahrzeugflotte auf Nachhaltigkeit umgerüstet.

Zwei Projekte aus dem Landkreis im Rennen

Wie wichtig das Bundesprogramm "Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur" ist, konnte ich bei meinen Besuchen in Wangen und Donzdorf erfahren, wo mir jeweils die geplanten Sanierungsvorhaben erläutert wurden.

Donzdorf



Die Mängelliste ist lang, wie ein Besuch in der Sportund Schwimmhalle Donzdorf zeigt: Die Verkleidung der Schwimmhallendecke löst sich langsam auf, die Gebäudestatik der Sporthalle hält der zukünftigen Belastung nicht mehr stand, Fluchtwege und elektrische Anlagen entsprechen nicht mehr den Sicherheitsanforderungen. Vor allem müssen die energietechnischen Standards dringend erneuert werden.

Die Donzdorfer Stadtverwaltung möchte zumindest einen Teil der dringend notwendigen Sanierung der Sport- und Schwimmhalle des örtlichen Schulzentrums "Messelbergschule" über die öffentliche Förderung finanzieren.

"Da schau'n Sie mal, wie es plätschert. Die Oberlichter sind nicht mehr dicht", Joachim Nuding ist Hausmeister der Forstberghalle in Wangen. Gemeinsam mit Bürgermeister Dutta schilderte er mir eindrücklich mit einem Handyvideo, was bei Regen passiert. Tatsächlich ist zu sehen, dass der Hallenboden Zentimeter hoch unter Wasser steht. Nach und nach fallen auch die alten Leuchtstoffröhren aus, 360 an der Zahl! Ein vollständiger Ersatz durch moderne Leuchtmittel ist überfällig. Der Sanierungsbedarf ist immens - die kleine Gemeinde kann ihn nicht alleine stemmen. Deshalb stellt sie ihren Antrag zur Sanierung des Hallendachs und Hallenbodens der vielgenutzten Schulsporthalle im Rahmen des Bundesförderprogramms "Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur".

Wangen



Heike Baehrens





ZEBRA bleibt unverzichtbar

Die Notwendigkeit von Beratung für erwachsene Menschen mit Migrationshintergrund haben die Mitglieder des Haushaltsausschusses erkannt und stimmten dem Beschluss zu, der auf eine auf Initiative der SPD zurückgeht. Beschlossen wurde ein Mittelaufwuchs um 24 Millionen Euro. Wie gut, dass Träger wie das Diakonische Werk Göppingen jetzt Planungssicherheit für ihr Personal in der Beratungsstelle ZEBRA (Zentrale Beratungsstelle für Zugewanderte) erhalten und weiterhin ihre so wichtige Unterstützung für erwachsene Menschen mit Migrationshintergrund anbieten können.

Angesichts der insgesamt schwierigen Haushaltslage des Bundes und der verabredeten Einhaltung der Schuldenbremse ab 2023 ist eine solche Verbesserung keineswegs selbstverständlich und erforderte intensive Verhandlungen und aufwändige Umschichtungen. Als SPD-Fraktion sind wir fest davon überzeugt, dass diese Mittel bei der Migrationsberatung gut investiert sind, damit Integration gelingt.



Termine Oktober // November 2022

Samstag, 22. Oktober Sitzung der Antragskommission der SPD Baden-Württemberg Karlsruhe

Sonntag, 23. Oktober, 11:00 Uhr Vernissage der Ausstellung Marisa Desales und Herbert Häbich Bürgerbüro Göppingen

Montag, 24. Oktober, 18:30 Uhr Veranstaltung der Evangelischen Akademie Bad Boll "Assistierter Suizid" Hospitalhof Stuttgart

Mittwoch, 26. Oktober, 18:00 Uhr Feierstunde 70 Jahre SPD-Landtagsfraktion Baden-Württemberg Stuttgart Freitag, 28. Oktober, 10:00 Uhr Leuchtturmprojekt TIBAS der AOK-Baden-Württemberg

Kinder- und Jugendpsychiatrie Universitätsklinik Tübingen

Mittwoch, 2. bis Sonntag, 6. November Deutsch-Koreanisches Forum Berlin

Mittwoch, 16. November, 10:00 Uhr Besuch der Jugendhilfen Deggingen der BruderhausDiakonie

Deggingen

Mittwoch, 16. November, 11:30 Uhr Austausch mit Ambulanten Diensten Johanniter-Unfall-Hilfe e.V. Göppingen Mittwoch, 16. November, 14:00 Uhr Besuch Beratung und Ambulante Dienste für Menschen mit Behinderung (BAD) und Gespräch mit Vorstand Stiftung Haus Lindenhof, Prof. Dr. Wasel, und Uwe Bauer Göppingen

Montag, 7. bis Freitag, 11. November Sitzungswoche Deutscher Bundestag Berlin

Mittwoch, 16. November, 16:00 Uhr Bürgersprechstunde Göppingen

Mittwoch, 16. November, 18:30 Uhr SPD-Kreisdelegiertenkonferenz Geislingen

Bürgerbüro

Roth Carrée Schillerplatz 10 73033 Göppingen Tel: 07161 / 988 35 46 Fax: 07161 / 504 82 74 Deutscher Bundestag Platz der Republik 1 11011 Berlin Tel: 030 / 227 74157 Fax: 030 / 227 70159